



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen**

Wissenschaftliche Hochschulen

**Wissenschaftsrat**

**Tübingen, 1960**

1.

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8275**

## Anhang 1

### Abkommen

zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates.

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik haben folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

Die Vertragsschließenden errichten gemeinsam einen Wissenschaftsrat.

#### Artikel 2

Der Wissenschaftsrat hat die Aufgabe:

1. auf der Grundlage der von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgestellten Pläne einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten und hierbei die Pläne des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen. Hierbei sind die Schwerpunkte und Dringlichkeitsstufen zu bezeichnen,
2. jährlich ein Dringlichkeitsprogramm aufzustellen,
3. Empfehlungen für die Verwendung derjenigen Mittel zu geben, die in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder für die Förderung der Wissenschaft verfügbar sind.

#### Artikel 3

(1) Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten berücksichtigen.

(2) Die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder unterstützen die Arbeit des Wissenschaftsrates durch laufende Unterrichtung und durch Auskünfte. Der Verkehr mit den Landesstellen ist über die für Angelegenheiten der Kulturverwaltung zuständige oberste Landesbehörde, der Verkehr mit den Bundesstellen über das Bundesministerium des Innern zu leiten.

#### Artikel 4

(1) Der Wissenschaftsrat besteht aus 39 Mitgliedern. Die Mitglieder sollen Wissenschaftler oder anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein oder durch ihre dienstliche oder Berufstätigkeit der Wissenschaft und ihrer Förderung nahestehen.

(2) 22 Mitglieder beruft der Bundespräsident, und zwar 16 auf gemeinsamen Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Westdeutschen Rektorenkonferenz und sechs auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der Landesregierungen. Diese Mitglieder werden auf drei Jahre berufen, Wiederberufung ist zulässig.

(3) 17 Mitglieder werden von den Regierungen des Bundes und der Länder entsandt, und zwar entsenden die Bundesregierung sechs Mitglieder, die Landesregierungen je ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist ein ständiger Stellvertreter zu bestellen.

(4) Der Wissenschaftsrat wählt jährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, Wiederwahl ist zulässig.

#### Artikel 5

(1) Der Wissenschaftsrat tritt als Vollversammlung oder in Kommissionen zusammen.

(2) Es werden eine Wissenschaftliche Kommission und eine Verwaltungskommission gebildet.

(3) Der Wissenschaftlichen Kommission gehören die vom Bundespräsidenten berufenen Mitglieder, der Verwaltungskommission die von den Regierungen entsandten Mitglieder an.

(4) Der Vorsitzende einer Kommission und zwei weitere von der Kommission bestimmte Mitglieder nehmen an den Sitzungen der anderen Kommissionen mit beratender Stimme teil.

#### Artikel 6

(1) Die Beschlüsse der Vollversammlung des Wissenschaftsrates werden von der Wissenschaftlichen Kommission unter fachlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten und von der Verwaltungskommission unter verwaltungsmäßigen und finanziellen Gesichtspunkten vorbereitet.

(2) Die Verwaltungskommission äußert sich ferner Bund und Ländern gegenüber gutachtlich über die Finanzierung der vom Wissenschaftsrat festgestellten Schwerpunktvorhaben.

#### Artikel 7

(1) Die Vollversammlung des Wissenschaftsrates wird vom Vorsitzenden einberufen. Auf Verlangen einer Kommission oder von zehn Mitgliedern hat er sie einzuberufen.

(2) Zur ersten Sitzung der Vollversammlung lädt der Bundespräsident ein, er führt in ihr den Vorsitz.



(3) Die Vollversammlung und die Kommission fassen ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, sie sind beschlußfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Die von der Bundesregierung entsandten Mitglieder führen insgesamt elf Stimmen, im übrigen hat jedes Mitglied eine Stimme. Die vom Bundespräsidenten berufenen Mitglieder können bei Verhinderung im Einzelfalle ein anderes berufenes Mitglied zur Stimmabgabe ermächtigen.

(4) Das weitere Verfahren regelt der Wissenschaftsrat durch eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 8

Der Wissenschaftsrat bedient sich einer im Einvernehmen mit Bund und Ländern einzurichtenden Geschäftsstelle.

#### Artikel 9

Die persönlichen und sachlichen Ausgaben des Wissenschaftsrates werden je zur Hälfte von Bund und von den Ländern getragen. Der Gesamtbetrag der von den Ländern hierfür aufzubringenden Mittel wird auf die einzelnen Ländern zu zwei Drittel nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl umgelegt. Hierbei erhöhen oder vermindern sich die Steuereinnahmen um die Beträge, welche die Länder im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleiches von anderen Ländern erhalten oder an andere Länder abführen.

#### Artikel 10

Dieses Abkommen wird zunächst auf drei Jahre abgeschlossen. Es tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Bonn, den 5. September 1957

Für die Bundesregierung gez. Adenauer	Für das Land Hessen gez. Zinn
Für das Land Baden-Württemberg gez. Dr. h. c. Farny	Für das Land Niedersachsen gez. Langeheine
Für das Land Bayern gez. Dr. Wilhelm Hoegner	Für das Land Nordrhein-Westfalen gez. Luchtenberg
Für das Land Berlin gez. Dr. G. Klein	Für das Land Rheinland-Pfalz gez. Altmeier
Für die Freie Hansestadt Bremen gez. Kaisen	Für das Saarland gez. Röder
Für die Freie und Hansestadt Hamburg gez. Sieveking	Für das Land Schleswig-Holstein gez. Dr. Schaefer

Verwaltungsabkommen  
über die  
Verlängerung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und  
Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik haben folgendes vereinbart:

Das am 5. September 1957 zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder der Bundesrepublik auf drei Jahre abgeschlossene Verwaltungsabkommen über die Errichtung eines Wissenschaftsrates wird um drei Jahre verlängert.

Für die Bundesregierung  
Bonn, den 11. August 1960  
gez. G. Schröder

Für das Land Baden-Württemberg  
Stuttgart, den 22. August 1960  
gez. G. Storz

Für das Land Bayern  
München, den 3. September 1960  
gez. Dr. Ehard

Für das Land Berlin  
Berlin-Schöneberg, den 29. August 1960  
gez. Brandt

Für die Freie Hansestadt Bremen  
gez. Kaisen

Für die Freie und Hansestadt Hamburg  
gez. Max Brauer

Für das Land Hessen  
gez. Georg-August Zinn

Für das Land Niedersachsen  
Hannover, den 21. September 1960  
gez. Kopf

Für das Land Nordrhein-Westfalen  
gez. Dr. Meyers

Für das Land Rheinland-Pfalz  
gez. Altmeier

Für das Saarland  
gez. Röder

Für das Land Schleswig-Holstein  
gez. von Hassel